London

Vereinigtes Königreich und Irland

Keep calm.
We are still open for business.

Ruth Krahe
leitet die DAAD-Außenstelle London seit November 2019. Die Außenstelle ist für das Vereinigte Königreich und Irland zuständig.

Der Brexit ist vollzogen: Damit müssen die britischen Hochschulen nicht nur die Folgen der Pandemie schultern, sondern auch die des Brexits. Die Coronakrise verstärkt den finanziellen Druck auf die zu einem großen Teil durch Studiengebühren internationaler Studierender finanzierten Universitäten erheblich. Auf die Außenstelle London kamen im Zuge des Austritts neue Herausforderungen zu, die durch die neuen Einwanderungs- und Aufenthaltsgesetze bedingt sind.

STAY HOME AND SAVE LIVES – ALLGEMEINE UND POLITISCHE ENTWICKLUNGEN

Am 31. Januar 2020 trat das Vereinigte Königreich (VK) aus der EU aus. Damit war der Brexit vollzogen und die mit der EU im Austrittsvertrag vereinbarte Übergangsphase startete. Bis zum Ende der Transition am 31.12.2020 sollte das VK mit der EU ein Freihandelsabkommen verhandeln, das die zukünftigen Handelsbeziehungen definieren würde. Als auch das VK in den Sog der Coronapandemie geriet, kamen die Gespräche allerdings vollständig zum Erliegen. Am 16. März verfügte Premierminister Boris Johnson, wie in vielen Ländern auf dem Kontinent bereits geschehen, auch einen Lockdown für England.

Das zögerliche Handeln Johnsons und sein mehrfacher Strategiewechsel in vielen zentralen Punkten der Pandemiebekämpfung – er bekam den Spitznamen „Mister U-Turn“ – entwickelte sich im Laufe des Jahres fast zu einem negativen Markenzeichen der Regierung. Dazu gehörten das anfängliche Setzen auf Herdenimmunität und die verspätete Anordnung von Kontaktbeschränkungen, die zögerliche Einführung einer Maskenpflicht und die späte Verfügung von Reisebeschränkungen.

Auch andere Minister seiner Regierung trugen zu diesem konfusen Bild bei. Bildungsminister Gavin Williamson wollte dem Rat der Expertinnen und Experten nicht folgen, als er nach einer frühen Absage der zentralen Prüfungen die britischen Abiturnoten („A-Levels“) durch einen Algorithmus errechnen ließ. Als klar wurde, dass diese Benotung zum Beispiel in England um 36 Prozent schlechter war als die von den Schulen vorgeschlagenen Noten, musste Williamson zurückrudern und wieder die Bewertungen der Lehrerinnen und Lehrer zugrunde legen.

Als viele Länder die Restriktionen im Spätsommer wieder verschärften, folgte der Premierminister erneut nicht dem Rat seines Expertengremiums. Das hatte vorgeschlagen, die Schulferien im Herbst in einen vierwöchigen sogenannten „Circuit Breaker Lockdown“ zu integrieren, um frühzeitig die wieder steigenden Infektionszahlen zu kontrollieren. Die nur mäßige Beachtung der Regeln zur Kontaktbeschränkung und Quarantäne hatte größtenteils mit dem Schlingerkurs der Regierung, ihrer unklaren Kommunikation der jeweils geltenden Richtlinien, aber auch der schieren wirtschaftlichen Not vieler Beschäftigter im Niedriglohnsektor zu tun. Bei einer Umfrage gaben lediglich 20 Prozent der Befragten an, sie hielten sich an alle Vorgaben.

Dabei ist die Talsohle der ökonomischen Krise, die zum größten Wirtschaftseinbruch seit 300 Jahren führte, nur deshalb noch nicht erreicht, weil der Schatzkanzler das englische Pendant zum deutschen Kurzarbeitergeld („furlough scheme“) bis April 2021 verlängern durfte. Tausende Jobs sind in Gastronomie, Einzelhandel und der Serviceindustrie bereits verloren gegangen. Die holprigen Richtungswechsel führten zu einem deutlichen Absturz in den Zustimmungswerten für den Premierminister. Der lag im November zehn Prozent hinter dem Oppositionsführer Sir Keir Starmer.

TRULY GLOBAL BRITAIN

Die Brexit-Verhandlungen wurden erst wieder nach dem Ende des Lockdowns ernsthaft aufgenommen. Der britische Verhandlungsführer, Sir David Frost, ließ den Chef-Verhandlungsführer der EU von Beginn an nicht im Unklaren über die Haltung der britischen Regierung: kein Vertrag um jeden Preis und keine Verlängerung der Übergangsfrist.

Gleichzeitig verlief der Prozess für die geschätzten vier Millionen EU-Staatsangehörigen, die

weiterhin im Vereinigten Königreich wohnen bleiben wollen und dafür den „pre-settled status“ oder „settled status“ beantragen konnten, reibungslos. Bis zum 30. November hatten sich rund 4,48 Millionen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger beworben. Zu diesem Zeitpunkt waren 4,28 Millionen Anträge bereits bewilligt, 55 Prozent für den „settled status“ (Aufenthalt im VK bereits länger als fünf Jahre) und 43 für den „pre-settled status“ (Aufenthalt bis fünf Jahre). Die Antragsfrist läuft am 30. Juni 2021 aus.

Während die Verhandlungen im Spätsommer wieder an Fahrt aufnahmen, wurden bereits erste Inhalte des neuen Einwanderungssystems kommuniziert. Kern des neuen punktebasierten Systems sind ein nachweisbares Jobangebot mit einem vorgeschriebenen Mindestgehalt und ausreichende Sprachkenntnisse. Akademische Abschlüsse in wichtigen Disziplinen oder Qualifikationen in Wirtschaftsbereichen, in denen das VK seinen Arbeitnehmerbedarf nicht selbst decken kann, werden positiv bewertet.

Einwanderungen für die Aufnahme von Tätigkeiten im Niedriglohnsektor sind durch die Vorgabe eines absoluten jährlichen Mindestgehalts von 20.480 Pfund, etwa 23.460 Euro, so gut wie unmöglich. Damit geht das VK den Weg anderer klassischer Einwanderungsländer, die eine zielgerichtete, bedarfsorientierte Einwanderungspolitik betreiben. Erwähnenswert ist die Meinungsänderung der Regierung gegenüber dem Aufenthalt von Studierenden und der Einwanderung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern: Ausländische Studierende zählen nicht mehr für die Einwanderungsquote.

Außerdem richtete die Regierung eine privilegierte Visumsroute für hoch qualifizierte Forscherinnen und Forscher ein. Sie hatte den Gewinn der ausländischen Studierenden für die Wirtschaft und die Notwendigkeit von Rekrutierungen aus der internationalen Wissenschaftselite für die Leistungsfähigkeit des Forschungssystems erkannt.

Die letzten Wochen der Verhandlungen mit Brüssel waren für das gesamte Land nervenaufreibend. Die Themen rund um Brexit und Pandemie kumulierten zu einer überaus bedrückenden Lage im gesamten Land. Mittlerweile sah die Meinungsforschung keine Mehrheit mehr für den Brexit. Anders als das im Wahlkampf des Referendums der Fall gewesen war, hatte die ausführliche und faktenbasierte Berichterstattung zu den Verhandlungsthemen sicherlich auch einen Erkenntnismoment für die Bevölkerung.

Johnson muss nach Ende der Verhandlungen seine Aufmerksamkeit nun auf die nächste Kontroverse richten, wenn er die Einheit des Königreiches erhalten will. Einerseits fordert die weiterhin offensiv proeuropäische Regionalregierung Schottlands ein weiteres Unabhängigkeitsreferendum mit dem erklärten Ziel, zurück in die EU zu wollen. Andererseits sehen viele das komplexe und fragile Gebilde rund um das Nordirland-Protokoll, das sich nun in der Realität bewähren muss, als mögliche Initialzündung einer Vereinigungsdebatte auch in Irland.

VERÄNDERUNGEN IM HOCHSCHULSEKTOR

The New Normal

Die Universitäten vollzogen im Lockdown die Umstellung auf digitale Lehrangebote in größter Eile und sicherten damit den Lehrbetrieb erst einmal ab. Nach dem Abklingen der ersten Hektik dämmerte ihnen, welche extremen Konsequenzen die Pandemie für sie haben würde. Sie blickten mit größter Sorge auf das akademische Jahr 2020/2021 und rechneten mit Einbußen von bis zu 2,6 Milliarden Pfund durch das Fernbleiben internationaler Studierender.

Die Kommerzialisierung der Hochschulbildung hatte sich seit den letzten Reformen noch weiter verstärkt. Während sich der Staat durch die Reduzierung der Zuschüsse („teaching grants") aus der Hochschulfinanzierung zurückzieht, setzen die Hochschulen auf die Einnahmen aus den Studiengebühren internationaler Studierender. Diese Einnahmen dienen auch zur Querfinanzierung von Studiengängen und zur Forschungsförderung.

Wie volatil eine Konzentration auf Einnahmen aus Studiengebühren ist, zeigte sich nun angesichts eines geopolitischen Ereignisses wie der Coronapandemie. Ob internationale Studierende bereit wären, die gleichen Preise für hybride oder reine Onlineangebote zu zahlen, war unklar. Auch die einheimischen Studierenden, die in ihrem Studium eine kommerzielle Leistung der Universität sehen, auf dessen Qualität sie einen vertraglichen Anspruch haben, riefen schon früh nach Rückzahlung ihrer Gebühren.

Da viele Einrichtungen weitere kommerzielle Leistungen wie Unterkunft und Verpflegung anbieten, verstärkt sich der finanzielle Druck auf die Universitäten in der Pandemie: Da gleichzeitig eine große Zahl an Studierenden zurück zu den Eltern zog und gleichzeitig keine internationalen Studierenden kommen konnten, haben sie keine Einnahmen mehr generiert. Der Hochschulsektor erwirtschaftet in guten Zeiten bis zu 95 Milliarden Pfund für die britische Wirtschaft und schafft mehr als 940.000 Vollzeitstellen. Trotzdem machte die britische Regierung zu Beginn der Pandemie klar, dass die Universitäten nicht durch die finanzielle Unterstützung der Regierung gerettet werden würden.

Ganz im Sinne eines Marktliberalismus werden Insolvenzen nicht wettbewerbsfähiger Universitäten in Kauf genommen. Einige Hochschulen könnten ihre Rettung in einer Fusion suchen, um so die einzelnen Hochschulstandorte hinsichtlich ihres Studienangebots ausdifferenzieren und gleichzeitig Personal abbauen zu können. Die derzeit stark unter finanziellem Druck stehenden kleineren Universitäten sind eher in den Midlands und dem englischen Norden zu finden. Diese Einrichtungen stehen auch für eine faire Teilhabe der Schülerinnen und Schüler dieser wirtschaftlich benachteiligten Regionen an tertiärer Bildung.

Außerdem sind die Hochschulen in deindustrialisierten Regionen oft auch wichtige Arbeitgeber. Nach dem Willen der Regierung sollen sie zukünftig auch stärker zum „levelling up" dieser Regionen im Sinne einer Industrie- und Innovationspolitik werden. Berichten zufolge sind mehr als zehn Universitäten konkret gefährdet. Denkbar ist auch, dass „schwächere" Universitäten mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung verschmelzen, da dieser Bereich strukturell schlechter ausgebildet ist.

Nach der Verlegung des Unterrichts ins Netz kamen grundlegende Fragen zur Onlinelehre auf: Datenschutz und Privatsphäre, technische Ausstattung, Chancengerechtigkeit und virtuelle Lehrmethoden. Wie stellt man einen adäquaten Datenschutz und eine wissenschaftliche Meinungsfreiheit sicher, wenn die Studierenden sich in Ländern mit niedrigeren Standards und stärkerer Überwachung durch den Staat aufhalten? Lehrmethoden müssen der neuen Lehrumgebung angepasst werden, Studierende ihre Lernprozesse umgestalten, die an britischen Universitäten wichtige umfassende persönliche Betreuung („pastoral care") muss virtuell übersetzt werden.

Auch das Dauerthema der Teilhabe benachteiligter Gruppen an universitärer Bildung ist zu beachten. Eine Studie von 2017 hatte gezeigt, dass gerade diese Gruppe sich bei virtuellen Angeboten schwerer tut und in Onlinetests schlechter abschneidet. Außerdem ist die Universitätslandschaft hinsichtlich ihrer Kapazitäten, qualitativ hochwertige virtuelle Lehrangebote zu realisieren, sehr heterogen: Expertinnen und Experten unterscheiden diejenigen mit den Kapazitäten und dem Willen, diejenigen mit den Kapazitäten ohne den Willen, diejenigen mit dem Willen ohne die Kapazitäten und diejenigen ohne Willen und ohne Kapazitäten (Kunst- und Musikhochschulen).

Derzeit ist noch nicht abzusehen, ob sich virtuelle Lehrangebote auch nach Abklingen der Pandemie als Kernangebot durchsetzen. Sicher

ist allerdings, dass es auch im Vereinigten Königreich nach Ende der Pandemie kein Zurück in die Zeit vor Corona gibt und hier intensiv über digitale und hybride Angebote auch für den Bereich der „augmented mobility“ diskutiert wird.

Kulturvandalismus!? Die Abkehr von *Erasmus*

Erst in allerletzter Minute gab es eine Einigung über das Handelsabkommen zwischen dem VK und der EU. Aus Sorge über die Konsequenzen eines Scheiterns machte sich nun in der breiten Bevölkerung insgesamt eine Erleichterung breit. Die konservative Presse munkelte, dass das Lastwagen-Chaos in Dover, das durch die Schließung des Eurotunnels nach Bekanntwerden der neuen Coronavirus-Mutation entstand, einer Einigung in die Hände gespielt habe. In den Verhandlungen unter die Räder gekommen war allerdings das Flaggschiff-Programm der EU für den Studierendenaustausch: *Erasmus*.

Johnson hatte zwar noch im Januar 2020 versprochen: „There is no threat to the Erasmus scheme. We will continue to participate.“ Dennoch ließ er es fallen, angeblich, weil eine weitere Teilnahme dem VK zu teuer käme. Dass diese Aussage nur einen Teil der Wahrheit beinhaltet, war für viele britische Verfechterinnen und Verfechter einer weiteren Partizipation bitter: Gerade EU-*Erasmus*-Studierende haben rund 243 Mio. Pfund netto zur britischen Wirtschaft beigetragen: Eine Lücke, die das VK nun füllen muss.

Erfreulicher war das Verhandlungsergebnis für die britischen Hochschulen bei „Horizont Europa“, dem Forschungsförderungsprogramm, für das eine weitere Assoziierung vorgesehen ist. Fast zeitgleich verkündete die Regierung außerdem das neue globale Stipendienprogramm, benannt nach Alan Turing, dem britischen Mathematiker, der im Zweiten Weltkrieg die Enigma-Verschlüsselung der deutschen Wehrmacht hatte knacken können. Sie sagte einen Betrag von 100 Mio. Pfund für das Jahr 2021/2022 zu, mit dem bis zu 35.000 Personen gefördert werden sollen.

Die 2.800 Pfund pro Person entsprechen in etwa der *Erasmus*-Förderung. Für Länder mit (hohen) Studiengebühren wie den USA, Kanada oder Australien müssen außerdem für den Studierendenaustausch individuelle Abkommen zum Studiengebührenerlass abgeschlossen werden. Ansonsten erreicht das Programm vermutlich keine sozial benachteiligten Gruppen. Aber gerade dies ist sein erklärtes Ziel.

Auch am Thema *Erasmus* zeigt sich, wie fragil das Gebilde des Vereinigten Königreichs geworden ist und wie sehr der Brexit an diesem Gebilde rüttelt: Die irischen Hochschulen haben bereits verkündet, dass sie nordirischen Studierenden über ihr Kontingent den Zugang zu *Erasmus* weiterhin ermöglichen wollen. Aus Schottland hört man, dass Möglichkeiten einer Assoziierung geprüft werden. Die Aussage der schottischen Regierungschefin Nicola Sturgeon, die Abkehr von *Erasmus* sei „Kulturvandalismus“, spricht eine deutliche Sprache und wirkt neben der Forderung nach einem Unabhängigkeitsreferendum wie eine Kampfansage an die Zentralregierung.

DIE DAAD-ARBEIT VOR ORT

Die Auswirkungen der Pandemie auf den britischen Hochschulsektor hatten zur Folge, dass die Diskussionen um die zukünftige Gestaltung des akademischen Austausches und der bilateralen Wissenschaftsbeziehungen zugunsten der Pandemiebekämpfung in den Hintergrund traten. Die lange vernachlässigte intensive Befassung sowie die andauernde Ungewissheit über den Ausgang der Verhandlungen über einen Freihandelsvertrag führten dazu, dass auch viele wichtige Aspekte der grenzüberschreitenden

Die Umstrukturierung der Irish Institutes of Technology (IIT)

Die IIT ähneln den deutschen Hochschulen für Angewandte Wissenschaft. Mit Erlass des „Technological Universities Act 2018“ begann der Umbau des Sektors, bis dahin existierten 14 IIT. Die Reform umfasst auch die Gründung technischer Universitäten durch die Zusammenführung mindestens zweier existierender IIT. Dafür müssen verschiedene Qualitätskriterien und -standards erfüllt werden.

Anfang 2019 entstand so bereits die Technological University Dublin aus dem Dublin Institute of Technology, dem Institute of Technology Blanchardstown und dem Institute of Technology Tallaght. Mit 28.500 Studierenden ist sie jetzt die größte Hochschule Irlands. Im Mai 2020 bekam auch die Gründung der Munster Technological University (MTU) grünes Licht. Drei weitere Konsortien in Irland haben den Umstrukturierungsprozess begonnen. Diese neuen Hochschulen sollen auf die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer jeweiligen Region eingehen und sich auf industrieorientierte Forschung konzentrieren.

Im Januar 2020 wurde zudem verkündet, dass IIT jetzt auch autonom akademische Abschlüsse – mit Ausnahme von Doktortiteln – verleihen dürfen. Diese neuen Befugnisse sind Teil der nationalen Strategie für Hochschulbildung 2030, die unter anderem die Forschungskapazität und die internationale Anziehungskraft der irischen Hochschulen verbessern soll.

Wissenschaftskooperation erst im Herbst wieder auf der Agenda standen. Das löste bei vielen Beteiligten eine gewisse Nervosität aus, die bis zur Entscheidung am 24. Dezember 2020 anhielt. Partnereinrichtungen auf beiden Seiten des Ärmelkanals versuchten, sich so gut wie möglich über die anstehenden Veränderungen zu informieren.

Die Hauptaufgabe der Außenstelle bestand in der Recherche und Aufbereitung von Informationen sowie der Abstimmung mit den britischen Partnern wie Universities UK, dem British Council, dem UK Council for International Student Affairs, der Botschaft und Fachanwälten für Immigrationsrecht. Zielgruppen für diese Beratung waren neben der DAAD-Zentrale – hinsichtlich Änderungen für die DAAD-Geförderten – auch deutsche Hochschulen und Einzelpersonen, die sich für ein Studium, ein Praktikum oder eine Lehrtätigkeit im VK interessieren.

Seit Beginn des ersten Lockdowns arbeitete die Außenstelle von zu Hause. Ab Mitte März fanden alle Veranstaltungen und Auswahlen virtuell statt, darunter das „Welcome Seminar“ für deutsche Geförderte, das Treffen der Fachlektorinnen und das Jahrestreffen aller Lektorinnen und Lektoren sowie der Sprachassistentinnen und -assistenten. Da auch die DAAD-Geförderten, die ein kreatives Fach studieren, in diesem Jahr keine öffentliche Kunstausstellung durchführen konnten, initiierte die Außenstelle ein kollaboratives Kunstprojekt. Dieses studentische Projekt, kuratiert von der in London ansässigen spanischen Künstlerin Cristian Ramos, mündete in einen Katalog, der online und als Druckversion veröffentlicht wurde.

2020 wirkte der DAAD auch weiterhin dem Abwärtstrend der Deutschlernenden mit verschiedenen Initiativen entgegen. So werden zwar „Joint Honour Degrees“, also Fächerkombinationen mit einem gewissen Deutschanteil wie

zum Beispiel Wirtschafts- oder Politikwissenschaften mit Deutsch, immer beliebter. Dies verhindert jedoch nicht, dass Deutschabteilungen schließen.

Abteilungsschließungen und Umstrukturierungsdiskussionen sind an vielen britischen Universitäten besonders im geisteswissenschaftlichen Bereich weiterhin aktuell. So verkündete die Aston University in Birmingham 2020, dass sie ihre Deutschabteilung schließen werde. Die Außenstelle konzentrierte sich deswegen verstärkt auch auf eigene Instrumente, um die deutsche Sprache im Hochschulbereich zu unterstützen. Dies gelang einerseits über das dichte Netzwerk aus 30 Regel- und 13 Fachlektoraten, zehn Sprachassistenzen und 70 Dozenten und Dozentinnen im sogenannten Ortslektorenprogramm. In der Sprachförderung engagierte sich die Außenstelle außerdem mit einem Sprachwettbewerb sowie mit Förderungen für Projekte mit Studierenden, darunter das *Centre Stage Deutsch-Programm* (ehemals *Writers in Residence*). Das hat sich zum Ziel gesetzt, Studierende und Kreativschaffende in der deutschen Sprache zusammenzubringen. In diesem Rahmen hat der DAAD 2020 neun Projekte gefördert, die teilweise online auch universitätsübergreifend stattfanden. Ein Höhepunkt im Kalenderjahr war das regionale Jahrestreffen, das in Zusammenarbeit mit 22 Vortragenden im Dezember erstmals digital stattfand.

DAF-Sprachwettbewerb: „Das Wort der Zukunft“

Auch im Jahr 2020 setzte die Außenstelle die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Institute of Modern Languages Research (IMLR) fort und organisierte zum siebten Mal in Folge einen nationalen Sprachwettbewerb für Deutschlernende im Vereinigten Königreich und in der Republik Irland. Der diesjährige Wettbewerb stand unter dem Thema „Das Wort der Zukunft“.

Lernende waren aufgerufen, sich kreativ und handlungsorientiert auf die deutsche Sprache einzulassen. Dabei sollten sie sich Gedanken zur aktuellen und zukünftigen Gesellschaft machen. Welche Veränderungen stehen dieser bevor? Wie werden sie sich in der Alltagssprache manifestieren? Um diese Veränderungen sprachlich festzuhalten, war die Aufgabe, ein neues deutschsprachiges Wort zu kreieren, zu definieren und in einem Dialog mündlich oder schriftlich zu verwenden. Die Außenstelle unterstützte Lehrende mit eigens angefertigtem und zur Verfügung gestelltem Unterrichtsmaterial für alle Stufen, um den Wettbewerb in den Unterricht integrieren zu können.

Am 23. November organisierte die Außenstelle die online veranstaltete Paneldiskussion „Capturing the Zeitgeist. Tracking Words in German and English Dictionaries“ mit Dr. Kathrin Kunkel-Razum, Chefredakteurin beim DUDEN, und Wendalyn Nichols, Verlagsleiterin bei Cambridge University Press. Rosie Goldsmith, Direktorin des European Literature Network, moderierte die Veranstaltung. Im Mittelpunkt stand die Diskussion, wie sich neue Wörter etablieren, wie und wann sie in ein Wörterbuch aufgenommen werden und vor allem, was sie über die Gesellschaft, in der sie entstehen, aussagen.

Die Preisverleihung findet im März 2021 statt. In einem durch einen professionellen Illustrator bebilderten Wörterbuch wurden die Gewinnerbeiträge veröffentlicht. Friedrich Herrmann, der Gewinner der deutschen Poetry-Slam-Meisterschaft 2019, begleitet die Abschlussveranstaltung mit einem von den Einsendungen inspirierten Beitrag.

Daten zum Bildungssystem Vereinigtes Königreich

2,47 Mio.
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden
(alle Studienstufen)

61,38 %
Immatrikulationsquote

1.917
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland

1.681
Anzahl des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals in Deutschland

1,58 %
Im Ausland Studierende
(Anteil an Studierenden gesamt)

18,32 %
Anteil internationaler Studierender

38.986
Im Ausland Studierende
(Anzahl gesamt)

Die beliebtesten Zielländer für Studierende

1. USA/Vereinigte Staaten
2. Deutschland
3. Australien
4. Bulgarien
5. Kanada

Internationale Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern

1. China
2. Indien
3. USA/Vereinigte Staaten
4. Hongkong (VR China)
5. Malaysia

Alle verfügbaren DAAD-Ländersachstände, DAAD-Bildungssystemanalysen und DAAD-Datenblätter alphabetisch nach Ländern sortiert finden Sie unter:

www.daad.de/regionalinformationen

Tabelle 14: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen **Vereinigtes Königreich**

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Vereinigtes Königreich
I. Individualförderung – gesamt	A	84
	D	482
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	2
	D	113
Studierende auf Master-Niveau	A	23
	D	272
Doktorandinnen und Doktoranden	A	28
	D	22
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorandinnen und -doktoranden)	A	31
	D	75
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	27
	D	25
1–6 Monate	A	16
	D	140
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	41
	D	317
II. Projektförderung – gesamt	A	177
	D	279
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	18
	D	106
Studierende auf Master-Niveau	A	25
	D	142
Doktorandinnen und Doktoranden	A	41
	D	11
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorandinnen und -doktoranden)	A	72
	D	18
andere Geförderte*	A	21
	D	2
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	119
	D	78
1–6 Monate	A	43
	D	146
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	15
	D	55
III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt	A	28
	D	5.517
1. Mobilität mit Partnerländern		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	
	D	3.327
2. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum	A	
	D	1.539
3. Erasmus-Personalmobilität (Dozentinnen und Dozenten, sonstiges Personal)	A	28
	D	651
DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)	A	289
	D	6.278
DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt		6.567

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler und Hochschullehrer, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an Studierende und Mitarbeiter von Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung). In der Programmlinie Mobilität mit Partnerländern stehen aus dem Projekt 2018 keine Daten zur Verfügung, da aufgrund der Corona-Pandemie die Projektlaufzeit von Seiten der Europäischen Kommission verlängert wurde (Voriger Zeitraum über 5.000 Personen). Das Projekt endet am 31.07.2021 und danach stehen erst aktuelle Daten zur Verfügung.